



SonntagsZeitung
8021 Zürich
044/ 248 40 40
www.sonntagszeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 188'658
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 377.9
Abo-Nr.: 377009
Seite: 57
Fläche: 18'194 mm²

MANUEL AMMANN

Die Firmen müssen sich um das Währungsrisiko kümmern



Der tiefe Eurokurs hat in der Schweiz eine intensive Diskussion darüber aufkommen lassen, wie den exportorientierten Firmen geholfen werden könne. Insbesondere wegen der schnellen und starken Aufwertung des Frankens bräuchten die Unternehmen Hilfe. Bei einer langfristigen Aufwertung könnten sich die Firmen anpassen, kurzfristigen Währungsbewegungen seien sie aber schutzlos ausgeliefert. Diese Argumentation ist lückenhaft. Sie blendet aus, dass es Finanzinstrumente zur Absicherung von Währungsrisiken gibt. Diese Instrumente – beispielsweise Terminkontrakte – sind keineswegs exotisch und hochkomplex, sondern kostengünstige Standardprodukte. Auch kleine Unternehmen können heute problemlos Währungsabsicherungen durchführen. Solche Hedging-Programme haben sich für kurze und mittlere Absicherungsfristen in der Praxis vielfach bewährt. Es ist die Aufgabe der Unternehmensführung, sich mit den Währungsrisiken der Geschäftstätigkeit auseinanderzusetzen und gegebenenfalls Absicherungsmaßnahmen zu ergreifen. Subventionen oder riskante geldpolitische Massnahmen zur Unterstützung exportorientierter Firmen sind deshalb fragwürdig.

Langfristige Verschiebungen im Währungsgefüge können am Kapitalmarkt allerdings nicht abgesichert werden, da kein liquider Markt für langjährige Instrumente besteht und die Risiken zu wenig genau erfasst werden können. Die Herausforderung für die Exportnation Schweiz ist somit weniger die kurzfristige Aufwertung des Frankens, sondern die stetige und strukturell bedingte Aufwertung, die nicht abgesichert werden kann. Sie zwingt die Firmen einerseits zu erfreulichen Produktivitätssteigerungen, hat aber auch schmerzhaft Anpassungsprozesse zur Folge, beispielsweise die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. Bei diesen langfristigen Effekten der Aufwertung kann und soll die Politik ansetzen. Nicht mit Industriepolitik oder Subventionen, welche nur Partikularinteressen bedienen und falsche Anreize setzen, sondern mit Verbesserungen der Rahmenbedingungen für alle Unternehmen. Leichter Zugang zu gut ausgebildeten Mitarbeitern und solider Infrastruktur, tiefe Lohnnebenkosten und Steuern, wenig Bürokratie sind einige Standortfaktoren, welche für die Unternehmen entscheidend sind. Niemand wird behaupten wollen, hier sei kein Verbesserungspotenzial vorhanden.

Professor Manuel Ammann, Universität St. Gallen